

Kongress-Antrag 16: Unia

Für ein faires Gesundheitswesen

Der SGB arbeitet gemeinsam mit den im Gesundheitswesen tätigen Verbänden, sowie im Rahmen einer breiten Koalition, an der Ausarbeitung einer Initiative, die die Situation der Versicherten verbessert und gute Arbeitsbedingungen für das Gesundheitspersonal gewährleistet. Gleichzeitig setzt er sich zusammen mit den Verbänden dafür ein, den Gewerkschaftsaufbau in diesem Sektor zu stärken und eine breitere Bewegung für ein zugängliches, bezahlbares und qualitativ hochwertiges Gesundheitswesen zu fördern.

Begründung:

Das Schweizer Gesundheitswesen befindet sich in einer Krise, die die gesamte Bevölkerung betrifft. Während die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen infolge des demografischen Wandels steigt, verlassen Fachkräfte im Gesundheitswesen den Beruf wegen inakzeptabler Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig verschlechtern sich der Zugang zur Gesundheitsversorgung und die Qualität der medizinischen Leistungen.

Parallel dazu steigen die Krankenkassenprämien. Versicherer und private Akteure nutzen die Lücken im System aus, um ihre Gewinnmarge zu erhöhen, und bereichern sich auf dem Rücken der Versicherten. Das Parlament und die Behörden entziehen sich ihrer Verantwortung, einen qualitativ hochwertigen Service public, sowie eine Finanzierung des Gesundheitswesens zu gewährleisten, die faire Bedingungen für die Versicherten und das Personal an vorderster Front sicherstellt. Zudem verfügt die Schweiz mit dem System der Kopfprämie über das am wenigsten soziale Krankenversicherungssystem Europas.

Für das Gesundheitspersonal und die gesamte Bevölkerung bringt dies existenzielle Probleme mit sich, sei es bei der täglichen Arbeit, beim Zugang zur Gesundheitsversorgung oder in Bezug auf die Kaufkraft.

Es braucht einen Systemwechsel, der Folgendes vorsieht:

- Die Schaffung eines einheitlichen öffentlichen Krankenkassensystems auf Bundes- oder Kantonebene;
- Ein Finanzierungssystem, das die Grundversorgung gewährleistet und faire Arbeitsbedingungen für das Personal an vorderster Front sicherstellt;
- Ein Finanzierungssystem, das der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten Rechnung trägt;
- Echte Transparenz bei den Kosten und den Finanzflüssen, insbesondere hinsichtlich der Festsetzung und der Verwendung der Krankenkassenprämien.

*Stellungnahme des Vorstandes: **Annahme***

Begründung:

Das gesundheitspolitische Engagement des SGB hat in den vergangenen Jahren viele verschiedene Bereiche umfasst. Sehr stark haben wir uns einerseits gegen Verschlechterungen für die Versicherten (z.B. Abstimmung EFAS) und die Prämienzahlenden (z.B. drohende Erhöhung der

Franchisen) sowie andererseits für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen des Personals (Umsetzung Pflegeinitiative) eingesetzt. Gleichzeitig war immer klar, dass es mittelfristig Offensivprojekte brauchen wird, welche über das lobbygetriebene bundespolitische Kleinklein hinausgehen. Denn der Pflegenotstand ist viel zu akut, die Arbeitsbedingungen und Löhne sind völlig unangemessen und die Last der Kopfprämien für die arbeitende Bevölkerung ist viel zu hoch.

Aktuell befinden sich mehrere solche «Offensivprojekte» in Diskussion bzw. im Begriff der Umsetzung. Einerseits hat die SP Schweiz eine neue Prämien-Initiative für eine Finanzierung der Grundversicherung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit angekündigt. Der SGB-Präsidialausschuss sowie der SGB-Vorstand haben dazu bereits Unterstützung beschlossen (siehe auch Erläuterungen zum Kongress-Antrag 15 des SEV). Andererseits werden Diskussionen geführt, hinsichtlich Inhalt und Trägerschaft einer weiteren Volksinitiative in einer breiten Allianz zur Verbesserung des Gesundheitswesens. Da der Stand dieser Diskussionen und Allianz-Überlegungen zum Zeitpunkt des Kongresses aktuell nicht absehbar ist, soll dem Kongress dazu eine zeitnah verfasste aktuelle Resolution zum Beschluss unterbreitet werden soll. Diese berücksichtigt den aktuellen Stand und legt das weitere Vorgehen fest.

Darüber hinaus setzt sich der SGB – wie dies der Antrag ebenfalls fordert – weiterhin zusammen mit den Verbänden dafür ein, den Gewerkschaftsaufbau im Gesundheits- und Langzeitpflegebereich zu stärken. Hebel dafür ist unter anderem die politische und kommunikative Arbeit im Rahmen der – leider masslos verzögerten – Umsetzung der Pflegeinitiative.